

Aber soll aber das Getreide in der Ukraine nicht bar bezahlt werden, sondern im Tausch durch Einfuhr deutscher Waren (Maschinen usw.) erworben werden. Durch Hofft man doch zu einer Einigung zu kommen. Verhandlungen in dieser Hinsicht schreben noch. Vorläufig ist außerdem an eine Einfuhr des ukrainischen Getriebes nicht zu denken, weil die Transportmöglichkeiten sehr schwierig sind. Der einzige Weg ist der Seeweg von Odessa. Aus diesem Grunde soll ja auch Odessa befreit und gesichert werden. Ein Transport von dort nach Deutschland wird aber auch immer sechs Wochen dauern und man hat ausgerechnet, daß die transportfähige Menge auch nur beschränkt sein kann, da auf der Donau jährlich höchstens 300 000 Tonnen befördert werden können. Unsere Versorgungsstelle rechnet trotz aller Schwierigkeiten aber doch damit, daß Ende des Versorgungsjahres eine Aufbesserung unserer Ernährung durch die Zufuhr aus der Ukraine erfolgen kann.

## Die Zukunft der deutschen Kolonien

Erläuterung des Staatssekretärs Solf.

Noch einem Kürsicht von der Abteilung Berlin der Deutschen Kolonialgesellschaft veranstalteten Vortrag über Deutsch-Südwestafrika ergriß der als Gast anwesende Staatssekretär Dr. Solf das Wort, um zunächst mit aller Bestimmtheit festzustellen, daß die deutsche Regierung nicht daran denke, die deutschen Besitzungen in der Südsse preiszugeben. Wenn von mancher Seite eine solche Preisgabe im Interesse eines „geschlossenen Kolonialbesitzes“ gewünscht worden sei, so könne die Reichsregierung einer solchen Politik des Verzichts nicht das Wort reden. Für sie bliebe nach, wie vor überster Leitsatz die Forderung: Rückgabe aller unserer Kolonien! Das hätte aber auch für Deutsch-Südwestafrika zu gelten, und zwar ebenso sehr aus wirtschaftlichen als auch aus politischen und nationalen Gründen. Wenn er während des Krieges gerade aus den Erfahrungen des Krieges heraus wiederholt für eine Konsolidierung unserer Kolonien in Mittelafrika eingetreten sei, so hätte er dabei nicht gedacht, diesen Plan auf Kosten eines preisgegebenen Südwestafrika zu beruhigen. Die Kreise, die an eine solche Rücksicht der Regierung geglaubt hätten oder noch glaubten, erinnere er an seine wiederholte Erklärung, daß die Basis für neu aufzustellende Forderungen immer die Rückgabe des früheren deutschen Kolonialbesitzes bleibe. Kurz halte er auch für Südwestafrika fest!

Zum Schluß seiner mit großer Bestimmtheit und Überzeugungskraft abgegebenen Erklärungen forderte der Staatssekretär die Anwesenden auf, daß sie einzutreten, daß der Koloniale Gedanke im deutschen Volk weiterhin Boden gewinne. Die günstige Lage auf den Schlachtfeldern Europas, die gemeinsame Tätigkeit unserer Diplomaten und Strategen im Osten berechtigen zu der zuberichtlichen Hoffnung, daß uns auch auf Koloniale Gebiet ein guter Frieden beschlieben würde.

Angesichts der von uns bereits mitgeteilten Wissensmeinung Japans, die uns geräumte Süßwasserbezüge nicht wieder herausgeben zu wollen, ist diese Erklärung des Staatssekretärs doppelt bedeutsam.

## Wilson an den Sowjetkongress

Eine merkwürdige Kundgebung.

Präsident Wilson schickte an den amerikanischen Konsul in Moskau folgende Depesche: Ich möchte die Gelegenheit des Zusammentritts des Kongresses der Sowjets ergreifen, um die aufrichtige Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten in dem Augenblick auszusprechen, wo die deutsche Macht sich eingedrängt hat, um den Kampf für die Freiheit zu unterbrechen und um seinen Erfolg zu bringen, sowie die Wünsche Deutschlands an Stelle der Wünsche des russischen Volkes zu legen. Unglücklicherweise ist die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt nicht in der Lage, unmittelbare, wirksame Hilfe zu leisten, aber sie würde es wünschen, diese Hilfe zu erweisen. Ich möchte dem russischen Volk durch den Kongress die Gewissheit geben, daß die Regierung der Vereinigten Staaten jede Gelegenheit benutzen wird, um Russland noch einmal die vollkommene Souveränität und Unabhängigkeit in seinen eigenen Angelegenheiten zu sichern und ihm wieder zu seiner großen Rolle im Leben Europas und der modernen Welt in vollem Umfang zu verhelfen. Das Volk der Vereinigten Staaten nimmt mit ganzem Herzen an dem Versuch des russischen Volkes teil, sich von jeder alten autokratischen Regierung zu befreien und Herr seines eigenen Lebens zu werden.

Das ist ein unvermeidlicher Wilson - salbungsvoller Hauchelei im Bunde mit rassistischer Zügel, die es sich nicht versagen kann, auch bei dieser Gelegenheit dem verhassten Deutschland eins auszuwischen. Die Sowjets werden klug genug sein, die Deutsche Wilsons noch ihrem wahren Werte zu würdigen!

## Japans Marsch nach Sibirien.

Teilnahme einer russischen Division.

Der Washingtoner Korrespondent des „Newspaper World“ berichtet, es sei wohl jetzt sicher, daß stark japanische Streitkräfte nach Sibirien und der nördlichen Manchukuo gesandt werden. Vielleicht werden sich ihnen eine russische Division anschließen, die aus Soldaten zusammengestellt ist, die den Alliierten freundlich gestimmt sind und sich nach Japan und dem nördlichen Sibirien vor den Bolschewiki geflüchtet haben. Fürst Dowoo, der jetzt in Peking ist, würde wahrscheinlich die Führung dieser Division übernehmen. Es sind Offiziere bestimmt worden, um die chinesischen Truppen zu kommandieren, die sich den Japanern anschließen werden.

## Spanische Landwirtschaft und Agrarreform.

Der militärische Mitarbeiter der Londoner „Times“ schreibt: Man darf nicht nur die Mittelmächte beklagen, daß Theorie vom Rechte des Stärkeren zu hundigen. Das ergibt sich schlagend aus dem Plan, welchen die Entente hinsichtlich der deutschen Kolonien, der Gebiete Österreich-Ungarns und einer türkischen Provinz legt. Noch deutlicher aber ersicht es sich aus dem Plan Japans, in Ostasien einzufallen. Japan wird ausschließlich von Landwirtschaft und Agrarreform getrieben, und die geringe Neigung, welche in Amerika besteht, diese Expedition gutzubehalten, redet eine deutsche Sprache.

## Ein Ultimatum in Wladivostok.

„Daily Chronicle“ erzählt aus Petersburg: Es ist die Nachricht eingetroffen, daß die Konsuln der Alliierten in Wladivostok ein Ultimatum an die Lokalbehörden richteten, in welchem sie die Wiederherstellung des vor der Herrschaft der Bolschewiki bestehenden Regierungssystems forderten, sowie den Schutz der Untertanen der alliierten Länder gegen die Einmischung der lokalen Verwaltung verlangten.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 12. März.

Vizepräsident Dr. Voelker gebietet bei Öffnung der Sitzung des verstorbenen Abg. Stolle (L. Soz.), der eins der ältesten Mitglieder des Reichstages war, und diesem seit 1881 angehörte. Dann wurden

## Unfragen

aus dem Hause beantwortet. — Abg. Graefe (LDP) wendet sich gegen das Verhalten der dänischen Rettungsgesellschaft gegenüber dem deutschen U-Boot „Dago“ und fragt, ob und in welcher Weise durch den deutschen Gesandten in Kopenhagen gegen dieses den Grundlagen des Völkerrechts und einer legalen Neutralität widersprechende Verfahren der dänischen Regierung Schritte unternommen worden sind, oder was die Regierung weiter zum Schutz des deutschen U-Boots und wichtiger deutscher Interessen zu tun geplant. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes antwortet, daß die deutsche Regierung sofort in Kopenhagen vorstellig geworden sei und sich dabei auf das Verhalten der dänischen Regierung in einem Falle gestützt habe, in dem ein englisches Schiff in Kiel geraten war und ohne Interferenz der Dänischen statthaften habe. Den Grundlagen des Völkerrechts entspreche eine gleichmäßige Behandlung der Kriegsfahrenden. (Sehr richtig.) Die Reichsregierung zweifelt nicht, daß die dänische Regierung die Freilassung der internierten Mannschaften und ihre sofortige Übereile nach Deutschland anordnen werde. Die dänische Antwort werde heute oder morgen in Berlin erwartet. Auf der Tagesordnung steht dann das Gesetz über die

## neue Zusammensetzung des Reichstags.

und die Verhältniswahl in großen Reichstagswahlkreisen. Durch die Vorlage wird die Zahl der Reichstagsabgeordneten von 397 auf 445 erhöht, die Wahlkreise auf 887 vermindert. Die Städtegruppe von Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., München, Dresden, Hamburg durch Zusammenlegung geblieben. Diese Kreise erhalten mehrere Abgeordnete. So werden in Berlin 10 Reichstagsabgeordnete gewählt, im Wahlkreise Teltow 7, in Hamburg 5, in Bremen und Leipzig je 4, in Köln, Dresden, Duisburg, Dortmund, Essen, Bochum, Hamm, Bielefeld je 3 und in den übrigen großen Wahlkreisen je 2. In diesen Wahlkreisen wird die Verhältniswahl eingeführt.

## Staatssekretär Wolff

bestimmt die Vorlage. Hinsichtlich kamen auf jeden Wahlkreis im Durchschnitt 100000 Einwohner. Die gegenwärtige Durchschnittszahl der Wahlkreise ist 168 800 Einwohner. Wollte man auf die alte Seestraße von 100 000 zurückgreifen, so würde man zu rund 700 Wahlkreisen kommen. Die Vorlage hat sich darauf beschränkt, nur in den ganz großen Wahlkreisen die Zahl der Abgeordneten zu vermehren. Wollte man nun den alten Grundriss aufrechterhalten, daß jeder Wahlkreis nur einen Abgeordneten wähle, so müßte man die Städte in neue Wahlkreise zerlegen. Sobeit Neuordnung würde aber der Vorwurf willkürlicher Einteilung treffen. In den großstädtischen Wahlkreisen soll das Proportionalwahlrecht eingeführt werden. Die Verhältniswahl hat ebenso unzureichend Vorteile wie Nachteile. Die Grundidee ist aber durchaus genau. Die Mindestzahlen sollen auch vertreten sein.

Die Vorlage wurde nach kurzer Debatte, in der die meisten Abgeordneten Zustimmung ausprägten, an den Verfassungsausschuß verwiesen.

## Widerlegung des Postschutzgesetzes.

Wieder mußte für jede Überprüfung von einem Verteidigungskomitee auf ein anderes 8 Pf. Gebühr bezahlt werden. Diese Gebühr hilft leicht weg. Ferner werden die Briefe der Renten-Inhaber an die Postbehörde sofort beschlagnahmt. Staatssekretär des Reichspostministeriums empfiehlt die Vorlage. Der Postschutzgesetz hat sich in erfreulicher Weise entwickelt, sowohl in der Zahl der Räume als auch der Qualität. Der Verteidigungskomitee wird das wirtschaftliche Durchhalten im Kriege erleichtert. Die Vorlage geht an den Hauptrat.

## Der Friedensvertrag von Brest.

Wenn die Vollversammlung des Reichstages sich mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk ab beschäftigt haben wird, steht noch immer nicht fest. Es ist noch nie einmal sicher, ob diese Verhandlungen noch in dieser Woche erfolgen werden. Im unterrichteten politischen Kreis nimmt man an, daß bei dieser Gelegenheit auch der Kanzler das Wort nehmen wird.

## Meine politischen Meldungen.

Generalstaatschafft von Hindenburg weisse gestern zu Versprechungen in Berlin.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Michaelis ist am Stelle des wegen Erkrankung am 1. April d. J. in den Ruhestand tretenden Oberpräsidenten Dr. Freiherr von Tilsit zum Oberpräsidenten des Provinz Pommeren ernannt worden.

Der Bevölkerungsangang in Frankreich, Frankreich belief unter Ludwig XIV. mit 21 Millionen Einwohnern auf zahlenmäßig das Niedergestürzt über die 14 Millionen des alten Deutschen Reichs. Noch nach dem Wiener Kongreß behauptete es mit 29 gegen 28 Millionen den Vorrang. Unter dem zweiten Kaiserreich war das Gleichgewicht auch befestigungs-politisch erreicht. Seit Sedan gewann Deutschland einen Vorsprung, der französisch 57 gegen 59 Millionen betrug. Der Weltkrieg hat die Umkehrung vollendet. Frankreich zählt nun noch 52 Millionen. Die frühere Überlegenheit ist endgültig verloren.

Schafft Krieg an der englischen Admiraalität. Im englischen Kriegsministerium beantragt den Mangel einer einheitlichen Zeitung bei den Kooperationsen der Alliierten, dem britischen Kriegsamt bei dem neuen Ausfall der „Göbbel“ und der „Breslau“ zu entschuldigen. Der Admiraalitätsbericht über den Vorfall sei nicht geeignet, um den künftigen Marinegeschichtsschreibern als Unterlage zu dienen, wenn die Beschreibung auf Kasachen beruhe sollte. Die Ausfahrt der „Göbbel“ und der „Breslau“ aus den Dardanellen habe keine Minensperre verhindert, kein Aufklärungsfahrzeug habe die Ausfahrt gemeldet. Die beiden Schiffe entfernen vorliegenden 2 britischen Motoren seien auf einen Kampf ganz unvorbereitet gewesen und versenkt worden, ohne einen Kampf abzufeuern. Kein Seesoldat werde der Angabe, daß ein Flugzeug die „Breslau“ auf ein Minenfeld getrieben habe, Glauben schenken. Die Angabe, daß die „Göbbel“ auf eine Mine gesunken sei, ist falsch, sie sank in den Dardanellen auf Grund. Das Tauchboot, das sie zu versenken versucht, ging unten, und man hatte nichts basis, um sie anzutreiben, außer einem Flugzeug. Gegen ein Schiff mit einem Panzerdeck aber zweimal ein Flugzeug nichts auszutragen.

Die russische Flotte in Wellingford. Wie die „Times“ aus Petersburg melden, ist dem Petersburger Sowjet die Mitteilung zugegangen, daß die ganze russische Flotte in Wellingford liegt, aber von den Besatzungen verlassen ist. Nur eine Woche ist noch auf jedem Schiffe. Die Kreuzer „Utrata“ und „Diana“ liegen demobilisiert in der Neva. Alles, was nicht nötig und nötig war, haben die Matrosen mitgenommen.

Das Revolutionsprogramm der Bolschewiki. Nach einer Meldung aus Petersburg hat die Partei der Bolschewiki ihren Namen geändert in russische kommunistische Partei. Das Programm wurde auf eine noch weitere internationale Grundlage gehoben. Die Partei hat nach wie vor den Zweck, in allen Ländern eine Revolution hervorzurufen und die Weltsozialist zu verteilen. Sie hat mit großem Mehrheit beschlossen, den Vertrag von Brest-Litowsk zu ratifizieren.

Der russische Kriegsbericht meldet: Mit starken Sicherungen ziehen wir 18 Kilometer vor Eger zum armenischen Banden gegenüber. An der Kette haben wir Matrat, Utina und Mitte besetzt.

Indianer vor. In die Armeen der Vereinigten Staaten von Amerika sind 5000 Indianer eingestellt worden.

## Von Stadt und Land.

Mit. 18. März.

Neuerung der Befreiungen, die durch ein Rechtsprechungsgericht bestätigt werden, ist — auch im Budget — nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

## Die Gas- und Elektrizitäts-Versorgung.

Über die Aushebung vieler Sperrmaßnahmen hat in Magdeburg der Ausschuß für Einschränkungen in der Gas- und Elektrizitätsversorgung soeben ein schiedende Beschlüsse gefasst. Wir geben denselben nachdrücklich in der Hoffnung Raum, daß auch in unserer Bezirke bald Erleichterungen eintreten und betriebsfördernde Maßnahmen Aushebung finden. Der Ausschuß in Magdeburg genehmigte einstimmig, daß sämtliche Einschränkungen in der Elektrizitätsbeleuchtung sofort außer Kraft treten. Es können daher von jetzt ab ungehindert alle Glühlampen entzündet, Motoren uneingeschränkt betrieben, auch Personalaufzüge wieder in Benutzung genommen werden. Nur Neuanlagen unterliegen auch künftig der betriebsfördernden Beschränkung. Ausgehoben wurden ferner die Tagesperrzeiten im Gasverbrauch, sowohl am Vormittag wie am Nachmittag, doch bleibt es bei dem abendländischen Schluss um 10 Uhr. Wahrscheinlich, diesen auf 10½ oder 11 Uhr hinaufzuschieben, könnten nicht erfüllt werden, weil nur sorgfältige Politik die Kohlenversorgung für den kommenden Winter sichert. Die Aushebung der Sperrzeiten beginnt am 11. März. Ausgehoben wurden ferner sämtliche Glühlampen im Baden- und Kontorbetrieb mit Wirkung vom 15. März. Die Verkaufsstelle kann also künftig wieder entsprechend den Bundesratsbestimmungen bis 7 Uhr abends ausgedehnt werden und die Kontore können, soweit sie nicht durch die bisherige Praxis davon abweichen, daß die Zweckmäßigkeit der durchgehenden Arbeitszeit überzeugt sind, wieder zu dem alten Brauch zurückkehren. Die Straßenbeleuchtung soll, soweit sie elektrisch ist, sofort wieder auf den Friedensstand zurückgeführt werden. Von einer Geweiterung der Straßen-Gasbeleuchtung wurde abgesehen, dagegen sollen mit größter Beschleunigung an allen wichtigen Straßenkreuzungen hochleistungige elektrische Lampen eingesetzt werden. Ginge es darum, daß die Stadtverwaltung sich in der Höhe der Gasabgabe gegenüber dem Reichsbahnministerium bis auf das Kubikmeter verpflichtet habe, und daß daher Einschränkungen hier auch künftig dringend notwendig sind. Darum konnte auch von einer Freigabe der Gasabgaben, die angeregt war, nicht die Rede sein. Dringend wurde die weitgehendste Ausnutzung der Rohstoffe empfohlen; diese sei vielsach bereits in die Ecke gestellt worden.

Abreise des Generals v. Trotha. Eine Sondernummer des Sachsischen Militärverordnungsbüroes veröffentlicht folgenden Befehl des Königs: Um das Andenken des verstorbenen Generals der Kavallerie g. Dr. v. Trotha, die in Krieg und Frieden hochverdiente stellvertretenden Kommandierenden Generale des XII. Armeekorps, à la suite des Garde-Kavallerie-Regiments, zu ehren, bestimme Ich: 1. sämtliche Offiziere des stellvertretenden Generalkommandos XII. Armeekorps und des Garde-Reiter-Regiments legen auf drei Tage Trauer an, 2. an der Beisetzung haben teilzunehmen: a. eine Abordnung des XII. Armeekorps aus dem Gelde nach nächster Bestimmung des Generalkommandos, b. der stellvertretende Kommandierende General des XI. Armeekorps nebst einem Begleiter seines Stabes, sowie eine Abordnung von im ganzen 8 Offizieren und 8 Unteroffizieren der außerhalb Dresdens befindlichen Truppenteile des XII. Armeekorps, c. der Führer, 1 Leutnant und 1 Unteroffizier der Infanterieabteilung des Garde-Reiter-Regiments. — Ein die Witwe des verstorbenen Generals richtete der König folgendes Schreiben: „Mit schmerlichem Bedauern habe Ich von dem schweren Unglück gehört, das Sie so überraschend betroffen hat. Ich beklage in dem Verstorbenen einen Meister besten Offiziere, der in jeder Stellung, zuletzt als Stellvertretender Kommandierender General, Vorausliches geleistet hat, und spreche Ihnen und den Ihrigen Mein aufrichtigstes, herzlichstes Beileid aus. Gott tröst Sie in Ihrem großen Schmerze.“ (gegr. Friedrich August.)

Eine Spende für Breslau. Der Unteraufmannschaft Schwarzenberg sind, wie uns mitgeteilt wird, von einem Unbekannten 1000 Mark zur Unterstützung bedürftiger Personen im Kriege zur Verfügung gestellt worden.

Lebensmittel am Sonnabend: Kaffee-Gesetz.

1. Von der Reichsleitung. Wie wir hören, sind die wissenschaftlichen Lehrer an der diesigen Realsschule Herren Engelhardt und Georgi zu Oberlehrern bestellt worden.

2. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

3. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

4. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

5. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

6. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

7. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

8. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

9. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

10. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

11. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

12. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

13. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

14. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

15. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

16. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

17. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

18. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.

19. Von der Reichsleitung. Kaffee-Gesetz.